1€
Ich-bin-sauarm-Preis: 0,50€
Ich-flieg-mit-dem-Privatjet-nach-Schloss-Elmau-Preis: 100€



3. Ausgabe | 2015
Mai | Juni

G7 ZERSCHLAGEN

We are (the) REVOLUTION

Die Zeitung, die du in deinen Händen hältst, wird regelmäßig von Jugendlichen zu unterschiedlichen Themen herausgebracht. Diese Gruppe von Jugendlichen nennt sich genau wie die Zeitung - REVOLUTION. Wir sind eine internationale kommunistische Jugendorganisation, die engagierte Jugendliche auf zwei Kontinenten organisiert.
Wir haben ein gemeinsames Programm, das wir uns selbst erarbeitet haben. Wir sind offen für jede Diskussion, aber wir stehen geschlossen hinter unseren Aktionen. Wie unser Name sagt, sind wir für die Revolution, für den Kommunismus. Eine gerechte und befreite Gesellschaft kann nur entstehen, indem der Kapitalismus von denen, die er unterdrückt, zerschlagen wird. Und der Kampf dafür beginnt jetzt, in konkreten Kämpfen, wie im Kampf der Refugees für volle Bürgerrechte oder Seite an Seite mit Arbeiter_innen aus aller Welt.
Wir haben wöchentliche Ortsgruppentreffen, auf denen wir gemeinsam diskutieren und Aktionen planen. Wir gehen auf Demonstrationen, unterstützen Streiks und bringen Flugblätter und eine Zeitung heraus, um neue Jugendliche und junge ArbeiterInnen für unsere Ideen zu gewinnen. Wenn du unsere Ideen unterstützt, dann werde aktiv, organisiere dich gemeinsam mit uns!

Auch in deiner Stadt

Berlin | Bonn | Freiburg | Fulda
Jena | Karlsruhe | Kassel | Leipzig
Oldenburg | Potsdam | Stuttgart

Ortsgruppentreffen

Berlin
jeden Montag | 18⁰⁰ Uhr
JUP | Florastraße 84
Kassel
jeden Mittwoch| 19³⁰ Uhr
Café DesAsta | Arnold-Bode-Straße 6
Fulda
jeden Dienstag | 17³⁰ Uhr
Büro Die LINKE | Heinrichstraße 81
Bonn
Jeden zweiten Dienstag | 17⁰⁰ Uhr
Ort auf Anfrage
Leipzig
jeden Mittwoch| 18⁰⁰ Uhr
Ort auf Anfrage

Inhaltsverzeichnis

Kontakt:
www.onesolutionrevolution.de
f /onesolutionrevolution.germany
germany@onesolutionrevolution.de

kommende Termine
G7-Gipfel | 3. bis 7. Juni
Infos unter *www.g7germany.de*
Aufruf unter *kurzlink.de/g7_ruf*

V.i.S.d.P. Alexandra Müller, Berlin

Sexismus in der Ausbildung: Ein Bericht

Ein Interview von
James Anton & M. Grintelbart

Sexistische Bemerkungen und Übergriffe stellen den Alltag fast aller weiblicher Menschen dar. Ob in der Freizeit, der Schule oder auch im Betrieb, Sexismus ist allgegenwärtig. Wir haben mal nachgefragt, wie eine Auszubildene die Situation in ihrem Betrieb wahrnimmt.

M. befindet sich in einer Ausbildung zur Elektronikerin im ersten Lehrjahr. Die Ausbildung findet überbetrieblich im Verbund in einem Ausbildungszentrum statt.

Sind Frauen in deinem Beruf üblich? Wie ist das Zahlenverhältnis zwischen Männern und Frauen in deiner Abteilung oder Gruppe und allgemein in deinem Betrieb? Zeichnet sich über die Jahre ein Trend ab?
Etwa 9% der Auszubildenden im Ausbildungszentrum sind Frauen. In meiner Gruppe sind wir zu zweit. Es werden über die Jahre schleppend mehr.

Gibt es weibliche Ausbilder?
Ja, traurigerweise nur eine von 20. Das sind immerhin 5% ;).

Wie reagieren männliche Kollegen auf weibliche Mitarbeiter?
In meiner Anfangszeit der Ausbildung wurde mir oft hinterhergestarrt, teilweise auch gepfiffen. Es kam sogar vor, dass mir „Püppchen" hinterhergerufen wurde. Mittlerweile hat es sich gelegt, jedoch werde ich immernoch mit Blicken belästigt.

Unterscheidet sich das Verhalten deiner Ausbilder dir gegenüber von dem der Mitazubis? Werden typische Rollenbilder vertreten?
Einerseits fällt es mir leichter gute Bewertungen zu erhalten, andererseits bekomme ich auch von den Ausbildern sexistische Kommentare zu hören. Ich erinnere mich an eine Situation in der ich beim Fegen zu hören bekam, dass ich nun das richtige Werkzeug in der Hand halte.

Sind gute Bewertungen vom Aussehen abhängig?
Ja, ich wurde besser bewertet als meine Kollegin, die merklich besser war als ich.

Gibt es in deinem Betrieb Projekte oder Anstrebungen gegen Sexismus? Wie wird versucht Frauen besser in von Männern dominierte Berufe zu integrieren?
Es gibt das Projekt „Girls a tec" in dem ich selbst tätig bin. Hierbei versuchen wir junge Frauen für einen technischen Beruf zu begeistern. Wir veranstalten Projekttage an Schulen um direkt zu informieren und um Klischees und Stereotypen entgegen zu wirken. So wird versucht das abschreckende Bild der „Männerberufe" abzulegen.
Bedenklicherweise gibt es kein internes Projekt, dass das Verhalten der männlichen Azubis und Mitarbeiter schulen würde. Antisexismus wirkt also nur nach außen.

Was für eine Perspektive braucht man?
So gut bürgerliche Projekte auch zu sein scheinen um "Männerberufe zugänglicher zu machen" -Sexismus werden sie nicht auflösen. Sie fokussieren sich nur darauf mehr Frauen für die Jobs anzuwerben und lassen dabei außen vor, dass Frauen in den gleichen Jobs immernoch 8% weniger als Männer verdienen, im Betrieb unter sexueller Belästigung leiden und thematisieren auch nicht die größte Problematik der Frauenunterdrückung: die Privatisierung der Reproduktion. Außerdem, wer will schon gerne offen ansprechen, dass der Kollege oder gar der eigene Chef einen belästigt hat? Oder dass man aufgrund seines Aussehens anders bewertet wurde? Um dem Etwas entgegen zu stellen, fordern wir:

» Strukturen in Betrieben, in denen man Sexismus und andere Diskriminierung konkret thematisieren kann! Für eine proletarische Frauenbewegung, die aktiv gegen jeden Sexismus in Betrieb und Gewerkschaften kämpft!
» Basisdemokratische gewerkschaftliche Organisierung aller Schüler_innen, Azubis und Student_innen, die gegen Sexismus, Rassismus und für die Interessen aller Jugendlichen kämpft!



Der Name ist Programm:

Hier in dieser Zeitung erfährst du nur einige Punkte und Positionen unserer Politik. Sie alle basieren auf unserem Programm, welches unsere heutige Situation mit dem Kampf um eine sozialistische Revolution verbindet. Allen Jugendlichen innerhalb der Sozialdemokratie, sowie in der radikalen Linken, wollen wir mit diesem Programm einen Diskussionsvorschlag bieten für den Aufbau einer tatsächlich revolutionären, unabhängigen Jugendorganisation – einer neuen Jugendinternationale. Wir fordern euch auf, es mit uns zu diskutieren und aktiv in die kommenden Auseinandersetzungen in der Krise zu tragen.

Verstärkte Repression: Spaltung und Unterdrückung

Ein Artikel von
Lars Filder

Zunächst mal: Repression, was ist das überhaupt? Wir könnten auch Unterdrückung dazu sagen. In diesem Fall die Unterdrückung, die die herrschende Klasse mittels des Staates ausübt. Den Repressionen eines kapitalistischen Staates liegt das Interesse zugrunde, die bestehende Ordnung aufrecht zu erhalten und die Interessen der Kapitalist_innen zu verteidigen und zu vertreten. Das gilt für eine bürgerliche Demokratie genauso wie für den Faschismus. Um dieses Ziel zu erreichen, wird repressiv gegen Widerstand vorgegangen und die Arbeiter_innenklasse – bewusst oder unbewusst – gespalten, z.B. entlang rassistischer Trennungslinien. Die rassistischen Polizeimorde an schwarzen Jugendlichen oder die Räumung von Flüchtlingscamps im letzten Jahr sind Beispiele dafür.

Einige dieser Repressionen laufen schon seit Jahrzehnten – z.B. jene Israels gegen die Palästinenser_innen. Andere treten erst auf, wenn sich etwa im Zuge einer Krise Widerstand gegen die bestehende Ordnung bildet. Vor allem seit dem Krisenausbruch 2008 haben soziale Bewegungen als Folge einer Verelendung breiter Teile der Bevölkerungen weltweit zugenommen.

Wir wollen hier einige exemplarische Beispiele für aktuell verschärfte Repressionsmaßnahmen geben.

Türkei: Ein weiterer Schritt Richtung Polizeistaat

Immer wieder gerät die türkische AKP-Regierung aufgrund von Repressionen ins Schussfeld, selbst von bürgerlichen Politkern. In der Türkei kommt es bei größeren Protesten immer wieder zu Toten durch die Polizei, so z.B. bei der Gezi-Bewegung 2013, den Protesten gegen die Arbeitsbedingungen in Bergwerken nach dem Grubenunglück von Soma 2014 oder vor allem bei verschiedenen kurdischen Demos.

Auch soziale Medien wie Twitter und Co. geraten immer wieder ins Visier des Staates und werden eingeschränkt und zensiert, was nun auch ohne Gerichtsbeschluss für 3 Tage legal ist.

Mit den neusten „Sicherheitsgesetzen" der Regierung Erdogan ist aber eine neue Dimension, der Schritt zum Polizeistaat getan worden. Demos können ohne richterliche Instanz verboten werden. Wer einen Molotow-Cocktail mit sich führt darf erschossen werden, lange Haftstrafen stehen auf die Teilnahme an verbotenen Demos, in öffentlichen Gebäuden dürfen Polizeistationen eingerichtet werden und 48 Stunden unbegründete Isolationshaft sind auch kein Problem.

Von all diesen Maßnahmen werden die türkische Linke, Gewerkschaften, streikende Arbeiter_innen und vor allem der kurdische Befreiungskampf hart getroffen. Leider gibt es von deren Anführer_innen keinen nennenswerten Widerstand gegen die Gesetze.

Griechenland und Ukraine: Faschisten im Staat

An manchen Stellen bedienen sich die Herrschenden, aber nicht nur der eigenen, offiziell-staatlichen Kräfte, sondern spannen sich Faschist_innen vor den Karren.

Wie das gehen kann zeigen die Beispiele der Ukraine und Griechenlands, wobei die Lage in der Ukraine momentan zweifelsfrei die gefährlichere ist.

So paktierte und unterstützte der pro-westliche Teil der ukrainischen Oligarchie früh mit militanten, nationalistisch-faschistischen Kräften wie Swoboda und dem rechten Sektor um das Janukowitsch-Regime zu stürzen, ein eigenes zu errichten und um dann den Widerstand dagegen zu brechen. Beim Massaker von Odessa am 2. Mai letzten Jahres wurde das offen gezeigt.

Die faschistischen Kräfte stellen mittlerweile eigene Bataillone – darunter das berüchtigte Asow-Bataillon - beim Krieg gegen die Aufständischen und Zivilist_innen der Ostukraine. Zudem dienen sie auch im Polizei- und Geheimdienstapparat zur Unterstützung der neuen Regierung. Mittlerweile wird „die Verbreitung kommunistischer Propaganda" mit harten Strafen geahndet, gegen Wehrdienstverweigerer wird ebenfalls vorgegangen.

Auch in Griechenland finden wir diesen Pakt in abgeschwächter Form. So konnten die Faschist_innen der „Chrysi Avgi" linke Demos, LGBTIA und Migrant_innen in der Vergangenheit offenbar ungestraft angreifen. Auch findet eine polizeiliche Ausbildung der faschistischen Kräfte statt.

Zur Zeit finden in Griechenland zwar Prozesse gegen Mitglieder der Chrysi Avgi statt, jedoch wäre es eine gefährliche Illusion hier auf den Staat zu vetrauen. Wie die Ukraine bereits zeigte, ist ein Putsch schneller durchgeführt, als viele denken.

Das sollten vor allem die Anhänger Syrizas im Gedächtnis haben – auch wenn ihre Partei zur Zeit alles andere als eine ernsthafte Gefahr für das Kapital darstellt. Doch wenn Syriza irgendwann doch eine zu hinderliche Kraft für die (europäischen) Kapitalist_innen wird, ist es nicht ausgeschlossen, dass diese sich Faschist_innen vor den Karren spannen um

die Abwälzung der Krise auf die arbeitende Bevölkerung zu sichern.

Spanien & Frankreich: Demonstrieren verboten?

Nicht nur in Griechenland, sondern auch in Spanien kam es zu großen Protesten gegen die EU-Sparpolitik. Immer wieder wurden in diesem Zusammenhang Demonstrationen verboten. Hierbei hat es sich die konservativ-neoliberale Rajoy-Regierung im letzten Dezember nun leichter gemacht.

Auf die Teilnahme an verbotenen Demos stehen 1000 € Strafe, verboten ist die Verbreitung von Videomaterial, welches Polizeigewalt zeigt. Weiter entscheidet künftig die Polizei – kein Gericht – was auf Demos gesetzeswidrig war und was nicht und kann Strafen von bis zu 600.000 € verhängen.

Da dieses Gesetz Tür und Tor für staatliche Willkür öffnet, ist das Gesetz vor allem eines: Die weitgehende Abschaffung des Demonstrationsrechts mit dem Ziel den Widerstand einzuschüchtern.

Aber nicht nur in Spanien, sondern auch in Frankreich scheint das Demonstrationsrecht in Frage zu stehen: Der Jugendliche Gaëtan wurde für die Teilnahme an einer Demo gegen den Polizeimord an einem Umweltaktivisten zu zwei Monaten Knast, 4 Monate Bewährung und 1.100 € Bußgeld verdonnert. Neben ihm wurde auch Andere eingesperrt.

Der Fall Gaëtan ist nur ein Teil der den Anschlägen auf Charlie Hebdo folgenden Repressionswelle. Die Ursachen von Terror sind Rassismus und Imperialismus – und genau das verstärkt die französische Regierung jetzt.

Deutschland und der G7-Gipfel: Repression in der Vorbereitung

Auch in Deutschland wird aufgerüstet - schließlich darf man die Ausschreitungen bei Blockupy nicht ungestraft lassen, da wurde das System in Frage gestellt. Wenn Flüchtlingsheime brennen, ist das natürlich nicht der Fall – da reagiert man lieber mit einer Asylrechtsverschärfung.

Außerdem steht im Juni ja der G7-Gipfel in Bayern an – darauf und auf den Protest will man sich gut vorbereiten. Also wurde nach Blockupy der Aufbau einer neuen „Antiterroreinheit“ angekündigt. Diese soll der Polizei unterstellt sein und wird wohl vor allem dazu genutzt werden, ungemütliche Linke zurechtzuprügeln.

Am Beispiel Blockupy und den G7 lässt sich übrigens ein für Repressionen sehr typischer Bestandteil erkennen - die Hetze zur Rechtfertigung. Da das Handeln von Staat und Polizei von der breiten Öffentlichkeit als gerechtfertigt wahrgenommen werden soll, werden auch schon mal Details weggelassen oder stumpf gelogen. In Frankfurt wurden über 80 Polizist_innen vom eigenen Tränengas verletzt, aber das das ein Eigenbeschuss war, erzählte die Polizeisprecherin nicht.

Auch die Proteste gegen den G7-Gipfel werden, ähnlich wie 2007 in Heiligendamm, bereits im Vorfeld kriminalisiert: In den letzten Wochen fand eine breite „Aufklärungskampagne“ in und um Garmisch statt, um zu verhindern, dass Landwirte den DemonstrantInnen Wiesen für die Errichtung eines Protestcamps zur Verfügung stellen. So wird bei der Bevölkerung eine Ablehnung gegen die Demonstrierenden erzeugt, noch bevor sich diese mit den Inhalten der Bewegung auseinander gesetzt hat.

Widerstand organisieren – aber wie?

Es bleibt die Frage, wie wir und die Arbeiter_innenklasse künftig Repressionen begegnen soll – denn wenn es zu Massenbewegungen, politischen Streiks und Betriebsbesetzungen kommt, wird das von der herrschenden Klasse stets bekämpft.

Militanz ist nichts, mit dem die eigene „Radikalität“ demonstriert wird, sondern sollte konkrete Ziele verfolgen und möglichst massenhaft und organisiert stattfinden, um diese zu erreichen.

Elementar ist hierfür einerseits die geeinte Aktion der organisierten Arbeiter_innenklasse um die größtmögliche Kampfstärke des Proletariats herzustellen – Revolutionär_innen müssen also stets Einheitsfrontangebote an Gewerkschaften und reformistische Organisationen machen. Die Ziele und Aktionen müssen hierbei von der Basis selbst beschlossen werden.

Andererseits sollten in den Kämpfen klare Strukturen etabliert werden. Das heißt: Demonstrationen brauchen zentrale Einsatzleitungen, die jederzeit wähl– und abwählbar sowie der Basis rechenschaftspflichtig sind, was auch ebenso für Streikleitungen gilt.

Unsere Bewaffnung und Kampftaktiken sollten den Gegebenheiten entsprechen – in Deutschland mögen Demoketten und Knüppelfahnen noch ausreichend sein, in Bürgerkriegen sind sie es freilich nicht mehr. Während in Spanien der Sparpolitik mit Streik begegnet werden kann, wären Streiks in den verbliebenen Betrieben der Ostukraine eine Schwächung des eigenen Widerstandes.

» Freiheit für alle politischen Gefangenen! Sofortige Niederschlagung aller Verfahren!
» Für die volle Meinungs- und Versammlungsfreiheit überall und jederzeit!
» Für den Aufbau einer neuen Internationalen und einer Jugendinternationalen, um den Kämpfen eine revolutionär - sozialistische Richtung vorzuschlagen!
» Lasst uns Arbeiter_innen- und Jugendkomitees aufbauen, lasst uns aus Komitees Räte machen! Lasst uns Milizen der Bewegung aufbauen, die gegen die Entdemokratisierung kämpfen und demokratische Errungenschaften schützen!
» Für den Aufbau einer proletarischen Doppelmacht um die bürgerlich – repressiven Staaten zu bekämpfen und zu stürzen!

Der G7-Gipfel in Elmau 2015

Ein Artikel von
Mahir Gezmis

Nach Heiligendamm 2007 kommt der G7-Gipfel Anfang Juni zurück nach Deutschland. Der Gipfel hat sich als Ziel gesetzt die drängendsten Fragen für die Interessen des Kapitals zu behandeln: Weltwirtschaft und Handel, Außen- und Sicherheitspolitik, Entwicklungspolitik und Ernährungssicherung, Klima und Energie sind die dauerhaften Themen. Dieses Jahr steht nun auch die Flüchtlingsbewegung auf der Tagesordnung. Hauptziel des Gipfels ist eine gemeinsame Koordinierung der Politik zur Wahrung der jeweiligen Interessen des Kapitals – Dies bedeutet, wenn die Lösung darin besteht, das Millionen Menschen zunehmend verarmen, wird dies in Kauf genommen!

G7 ZERSCHLAGEN

Doch schon seine Zusammensetzung zeigt, warum die G8/G7-Gipfel in der Vergangenheit solch großen Massenprotesten gegenüberstanden. Mit Deutschland, Frankreich, Italien, Großbritannien, Japan, den USA und Kanada sind eigentlich alle Größen des westlichen Imperialismus vertreten. Die achte Kraft Russland, ist nach der Aneignung der Krim „bis auf weiteres“ von den Treffen ausgeschlossen worden. Die USA und EU haben ein Bedrohungsszenario aufgebaut welches Russland als den Aggressor darstellt. Dieser Konflikt ist Ausdruck des Wettkampfes der Machtblöcke Russland, China, USA und EU um die wirtschaftliche Stellung, Ressourcen und Einfluss. Ganz nach dem Prinzip „Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ wird das militärische Potenzial präsentiert: Der amerikanische „Dragoon Ride“, ein Konvoi mit 70 Radpanzern 1800 Kilometer durch Osteuropa endete Anfang April. Russland vollzieht Luft- und Marine Manöver beispielsweise in der Ostsee oder Truppenübungen an der ukrainischen Grenze. Weltweit sind die Rüstungsausgaben nach oben geschossen, vor allem in Osteuropa.

Die Krise des Imperialismus bedeckt die Welt mit Krieg

Tatsächlich gibt es diesem Kampf kein Böse und kein Gut. Die imperialistischen Staaten führen diesen Kampf mit allen Mitteln. Lüge, Propaganda, Einschüchterung politischer Gegner und sogar Mord. Fünf Milliarden Dollar haben die vereinigten Staaten laut der Vizeaußenministerin in die pro-westliche Opposition in der Ukraine investiert, zum Sturz der pro-russischen Regierung und der Etablierung eines „Europa offenen“ Systems. Beide Machtblöcke heizen in ihren Einflussgebieten nationalistische Strömungen an, um sich den Rückhalt der Bevölkerung in der Ukraine zu sichern.

Auch Deutschland unterstützte das Wahlbündnis für Poroschenko, welches auch von den Milizen des „Rechten Sektors“ getragen wurde. Diese begingen zu maßgeblichem Anteil das Massaker am 2.5.2014 im Gewerkschaftshaus in Odessa, bei dem 81 Menschen ums Leben gekommen sind. Die Armee, Polizei und Justiz in der Westukraine sind teils von offenen Faschisten durchsetzt, weshalb Mord oder Folter an politischen Gegnern meist unter den Teppich gekehrt wird. So wurde der Anführer des rechtsradikalen Asow-Bataillons Wadim Trojan sogar kürzlich zum Polizeichef von Kiew ernannt.

Natürlich sorgt solch eine doppelzüngige Außenpolitik immer wieder für Widerstand, wenn die imperialistischen Blöcke auf ihren Gipfeln zusammen kommen. Die Treffen in Prag und Seattle konnten von den Blockierenden erfolgreich abgebrochen werden. Die Reaktion der Gipfelorganisatoren auf die meist jugendlichen Massenproteste: Mittlerweil finden sie in dünn oder unbesiedelten Gebieten statt, um die Außenwirkung des Treffens nicht gänzlich von Gegenprotesten dominiert zu sehen.
Die Tagesordnung des Gipfels zeigt auf, wie weit sich Realität und Lippenbekenntnisse der Herrschenden inzwischen auseinanderbewegt haben. Sie tragen die Verantwortung für eine Politik, die in Südeuropa Millionen Menschen fast ohne soziale Sicherungssysteme und über die Hälfte der Jugend arbeitslos hinter sich lässt. Ganz zu schweigen von der Festung Europa. Zäune, Überwachungstechnik und Frontex lassen Zehntausende an den Außengrenzen sterben, während in der Öffent-

lichkeit heuchlerisch berichtet wird, man solle den kriminellen Schleußer-Banden das Handwerk legen. Wenn sie also von der Bekämpfung dieser Probleme sprechen, geht es zu aller erst darum, die eigene Positionen und den Wirtschaftsapparat zu sichern. Hierfür werden Schulden, bankrotte Unternehmen und Banken durch öffentliche Gelder gestützt – Gewinne und Besitz bleiben selbstverständlich Privat. Es findet unter den Augen der gesamten Weltöffentlichkeit ein Geldtransfer von Arm zu Reich statt. Der wohl größte „legale" Raubzug der Geschichte wird uns noch als die einzig sinnvolle Politik verkauft, obwohl seit der Krise die globale Verschuldung weiter zugenommen hat. Und während man Tarifrechte zerschlägt und Sozialsystem zerstört, wird massiv Geld in den Aufbau des europäischen Sicherheitsapparates gesteckt – Die eigene Bevölkerung als eines der potenziellen Ziele. Nichts fürchten die Herrschenden mehr als der Aufstand der perspektivlosen Jugend in ihren eigenen Ländern.

Wenn wir den Blick in den Nahen Osten wenden, ist die Lage noch verheerender. Ägypten, der Irak, Libyen und Syrien sind von Massenarbeitslosigkeit, Hunger und Armut zerrissen. Die jahrelange Inszenierung eines religiösen Konflikts zwischen Schiiten und Sunniten, hat das Land zerrissen und einen Bürgerkrieg gestürzt. Die andauernden Kämpfe und der Sturz der Saddam-Regierung hinterließen ein Machtvakuum, welches von islamistischen Organisationen wie Al Qaida oder dem IS gefüllt wurden. Die weltweite Krise des Kapitalismus brachten auch die lokalen „verbündeten Regime" in Libyen und Ägypten ins Wanken und ließ sie letztendlich einstürzen. Auch in Syrien herrscht nun offener Bürgerkrieg zwischen dem Diktator Assad, den reaktionär-fundamentalistischen Banden des Islamischen Staates (IS) und den Rebellen. Der Imperialismus hat dieses Feuer geschürt und heizt es mit den Waffenlieferungen an seine verbündeten Staaten weiter an. Perfider Weise liefert das NATO-Mitglied Türkei Waffen und Logistik an die Einheiten des IS, um die kurdische Autonomie-Bewegungen durch ihren zu ersticken. Diese humanitäre Katastrophe zu lösen bedeutet für den Imperialismus jedoch erst einmal: Die Flüchtlingsströme zu stoppen, stabile Vasallenstaaten zu etablieren und die Erdgas- und Öllieferung für den eigenen Markt sicherzustellen.

Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht

Äußern sich die Jugendlichen dieses Kontinents und tragen ihre Unzufriedenheit, ihre Meinung auf die Straße und vor die Türen der Herrschenden ist es schnell vorbei mit Grundrechten und körperlicher Unversehrtheit. Die, die Widerstand aufbauen, die für eine neue solidarische Gesellschaft kämpfen, werden durch mediale Hetze, wie etwa gegen Blockupy, als terroristisch eingestuft. Leo Trotzki schrieb zu seiner Zeit: *„Gern würden sie alle Aktivitäten des Proletariats, die gegen die Interessen des Klassenfeindes gerichtet sind, als Terrorismus abstempeln."* Und genau diese Taktik verwenden sie auch heute im Vorfeld des G7-Gipfels. Zum einen um eine allgemeine Abneigung und Distanzierung der Massen, den Protesten gegenüber, herzustellen bzw. weiter zu festigen. Und zum anderen ‚notwendige Maßnahmen für die „Sicherheit des Volkes" zu legitimieren, wie die CDU/CSU besonders gern betont. Diese ‚Maßnahmen' sind nichts weiter als Repressionen des Staates, unter denen wir zusammen mit Jugendlichen auf der ganzen Welt zu leiden haben. Neben der Schaffung einer Anti-Terror Einheit in Deutschland, will die EU bündnisweite Polizei- und Armeeeinheiten aufstellen und nahezu alle Länder verschärfen ihre Gesetze gegen Demonstrationen.
Das aus den G8 die G7 geworden sind, hat ihren Einfluss nicht geschmälert, sondern ist eine Ausrichtung der Blöcke. Die internationale Koordinierung ihrer Politik ist gleichzeitig eine Kriegerklärung an uns. Denn der Kapitalismus beutet uns immer rücksichtsloser aus und verfeinert seinen Repressions- und Überwachungsapparat. Die Weltlage macht uns mit aller Schonungslosigkeit deutlich, dass die Überwindung der internationalen Krise, Hunger und Armut nur mit der Zerschlagung des kapitalistischen Systems und der damit verknüpften Nationen einhergehen kann. Wir kämpfen deshalb als kommunistische Jugendbewegung für den Aufbau einer Revolutionären Partei der ArbeiterInnen, für den Sturz des Kapitalismus und der Errichtung der Sozialistischen Revolution.

Unsere Ziele sind:

» Für Massenmobilisierungen gegen die imperialistischen Absprachetreffen müssen die Gewerkschaften, Arbeiterparteien, linken Organisationen und Befreiungsbewegungen halbkolonialer Länder internationale Absprachen treffen, die verbindlich sind. Wir brauchen eine neue Arbeitereinheitsfront, die gegen die zunehmende Kriegsgefahr und die Auswirkungen der Krise politische Massenstreiks und unbefristete Generalstreiks organisiert.
» Die G7: nicht nur blockieren sondern zerschlagen. Wir fordern außerdem die unmittelbare Offenlegung aller Gehemiverträge und Absprachen, die auf diesen Treffen im verborgenen gemacht werden und Komissionen der Arbeiterinnenbewegung und der Gewerkschaften, die diese untersuchen.
» Die Militärbündnisse von NATO, OVKS oder arabischer Liga gehören zerschlagen. Sie werden aber nicht durch Appelle an die Kriegstreiber aufgelöst werden, sondern nur durch eine antiimperialistische Arbeiter_innen und Jugendbewegung. Eine solche Bewegung muss sich auch an die proletarischen und bäuerlichen Soldat_innen richten, um sie gegen Krieg und Militarismus zu gewinnen, in Komitees und Räten für ihre demokratischen Rechte zu organisieren und sie im Kriegsfall gegen ihre eigene Regierung aufzubringen mit dem Ziel einer sozialistischen Revolution.
» Dem System Imperialismus stellen wir die internationale Revolution entgegen, die die Unterdrückung der halbkolonialen Welt beendet und die Arbeiter_innen der imperialistischen Nationen befreit. Dieses Zeil kann aber nur durch den Aufbau einer neuen kommunistischen 5. Internationale und dem Aufbau einer revolutionären Jugendinternationale erreicht werden.

Südeuropa: Lage der Jugend nach 7 Jahren Krise

Ein Artikel von
Peter Wolf

Zunächst einmal: Jugend beinhaltet Verschiedenes: sowohl verschiedene Klassenabstammungen, Schüler_innen, Migrant_innen... all dies und die jeweilige Situation könnten wir in gewisser Weise mit in diesen Text einfließen lassen – aber das würde den Rahmen des Textes sprengen. Daher konzentrieren wir uns auf die schlechtesten ökonomischen und sozialen Situationen der europäischen Jugend.

Die jungen Arbeiter_innen Europas, aber auch Schüler_innen und Student_innen, sind eine der am härtesten von der Krise betroffenen Gruppen. Sie werden arbeitslos, verlieren ihre Perspektive, erfahren kaum noch soziale Hilfe und werden als „Druckmittel" gegen andere Teile der Arbeiter_innenklasse eingesetzt, z.B. als billige Arbeitskraft.

Sie sind jedoch auch ein wichtiger Bestandteil der Klasse mit steigendem Einfluss. Da sie zum treibenden Motor möglicher Veränderungen werden können, wird versucht sie in der Passivität halten.

Sie sind es, die Protestbewegungen hervorbrachten und anführten. Sie setzten sich gegen den Ausverkauf ihrer Heimat in Südeuropa zur Wehr und nur mit ihnen können nachhaltige Veränderungen in Europa herbeigeführt werden.

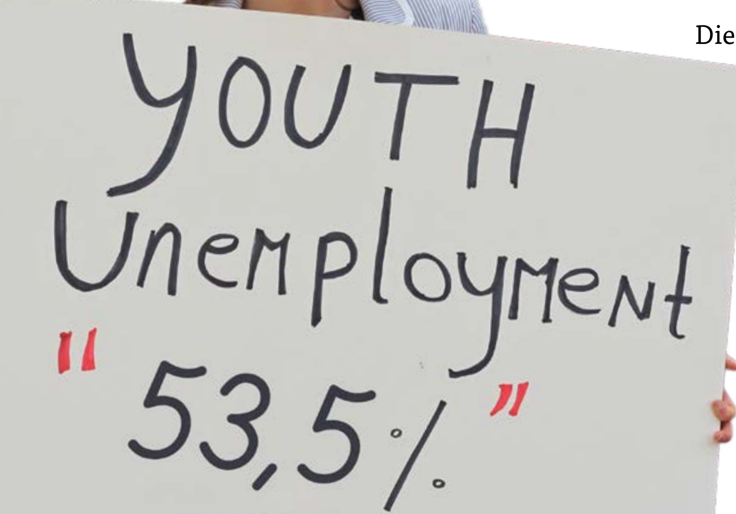
Von Spardiktat und Perspektivlosigkeit

Wie das Spardiktat vor allem den jungen, oftmals prekärer beschäftigten Teil der Klasse in Südeuropa trifft, lässt sich an der der Bezeichnung „Generation Null" für die spanische Jugend erkennen. Null Einnahmen. Null Arbeitschancen. Null Hoffnung.

In Griechenland liegt die Arbeitslosigkeit unter Jugendlichen laut Eurostat bei 57% und in Spanien bei 54% - das ist eine Verdopplung seit Ausbruch der Krise. Im gesamtem Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit von 15% (vor der Krise) auf 23% angestiegen. In Deutschland dagegen lag die Jugendarbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2014 immer unter 12%. Die Angriffe der Troika haben die Sozialsysteme weitgehend zerstört. Dies wälzt die Kosten für Massenarbeitslosigkeit vom Staat auf das direkte Umfeld, also Familie und Freunde, und trägt so zur weiteren Spaltung und Prekarisierung bei. So verarmen auch die Erwerbstätigen noch weiter. Die Löhne sinken und der Druck, ihre Nächsten mit ernähren zu müssen bleibt.

Denn auch die ausgezahlten Löhne sind in drastischer Weise zurückgegangen. Dies gilt für Beschäftigte aller Altersgruppen, besonders in Griechenland. Bei Arbeiter_innen im Alter zwischen 16 und 24 ist der Durchschnittslohn um 35% gesunken.

Der ökono- mischer Druck sorgt dafür, dass immer mehr Jugendliche bereit sind ihre Arbeitskraft für noch weniger Geld zu verkaufen – was wiederum dazu führt, das sich auch der Druck auf alle anderen Arbeiter_innen erhöht.



Auch die wachsende Arbeitsmigration innerhalb der Europäischen Union, besonders der jungen Arbeiter_innen, lässt sich dadurch erklären. Dies erhöht damit auch den Konkurrenzdruck zwischen den Arbeiter_innen, auch in den europäischen Kernländern, auch wenn diese Auswirkungen mit Verzögerung und ihr ganzes Ausmaß erst in den nächsten Jahren spürbar werden – einen Vorgeschmack gibt es aber schon: So bezahlte Amazon in Bad Hersfeld 2012 spanischen Saisonarbeiter_innen – viele davon junge Menschen – weit weniger als anderen Zeitarbeiter_innen, die ohnehin schon wenig bekommen. Die Krise hat vor allem für das deutsche und französische Kapital eine europaweit anwachsende industrielle Reservearmee – sprich Arbeitslose – geschaffen, welche Lohndruck und Konkurrenzkampf verschärft.
In diesen Statistiken nicht eingerechnet sind die Menschen, die als Schüler_innen, Auszubildende und Studierende nicht als Teil der Arbeiter_innenklasse gezählt werden. Ohne diese statistische Verschleierung sähen die Zahlen wohl noch viel schlimmer aus. Dieser beachtliche Teil der Jugend ist zumeist noch von den Eltern abhängig, die selbst um ihren Job bangen müssen oder ihn bereits verloren haben.

Dies alles zeigt nicht nur, dass die Politik von Troika, EZB und Co. vor allem den jungen, oftmals prekär beschäftigten Teil der Klasse trifft. Es zeigt auch, dass die Errungenschaften der älteren Beschäftigten Stück für Stück mit diesen in Rente gehen und

junge Arbeiter_innen als perspektivarme und prekäre Beschäftigte in den Arbeitsmarkt eingeführt werden. Somit werden neue Trennlinien zwischen verschiedenen Generationen der Arbeiter_innenklasse durch schon erkämpfte Rechte geschaffen. Auch wichtige rechtliche Grundlagen für eine kämpferische Klasse werden immer kleineren Teilen der Klasse zugänglich.

Die Krise und die darauf folgende Unterwerfung ganzer Länder unter das Spardiktat der Europäischen Union dient dem Kapital, ob bewusst so inszeniert oder nicht, als Knüppel um die Jugend ins Prekariat zu prügeln und brutale Angriffe gegen die Arbeiter_innenklasse einzuleiten. Diese Aussage sollte mit Blick auf die brutale Niederschlagung der Proteste an vielen Orten wörtlich genommen werden.

Wir stellen diesem Europa der Perspektivlosigkeit die Losung der „Vereinten sozialistischen Staaten von Europa" entgegen.

Dieses Ziel können wir Jugendlichen nur erreichen, wenn wir gemeinsam mit unseren Kolleg_innen der Arbeiter_innenklasse kämpfen und uns international gegen die weltweiten Angriffe des Kapitals organisieren.

Wir bleiben also dabei: Wir wollen eine neue Jugendinternationale und eine neue revolutionär-kommunistische Internationale mit einem revolutionären Programm, das als Wegweiser aus der Perspektivlosigkeit zum Sozialismus dient.

Lasst uns Bündnisse der organisierten Arbeiter_innenklasse, Gewerkschaften, Arbeiter_innenparteien und Jugendorganisationen der Klasse aufbauen und europaweit koordinierte Aktionen und Demos gegen die Angiffe der Troika organisieren!

» Streichung der Schulden Südeuropas!
» Offenlegung aller Verträge, Abkommen und Geschäfte der Banken und Regierungen!
» Die Schuldigen – die Banken und Konzerne - sollen die Krise bezahlen!
» Für einen europaweiten, unbefristeten Generalstreik

ErzieherInnenstreik in Kassel

Ein Artikel von
Alex DeLarge

Am 19. März streikten vor dem Kasseler Rathaus über 1.000 Beschäftigte des Sozialen Dienstes (ErzieherInnen, HeilpädagogInnen, SozialarbeiterInnen, KinderpflegerInnen, SozialassistentInnen u.a.) für mehr Anerkennung, eine Höhergruppierung und bis zu 10% mehr Lohn. Anschließend zog eine Demonstration durch die Innenstadt zum Streiklokal. Mit dabei waren auch über 20 Studierende der ErzieherInnenausbildung an der Fachschule für Sozialpädagogik der Elisabeth-Knipping-Schule Kassel. Diese zeigten mit Transparenten und Schildern ihre Solidarität mit den schon ausgelernten KollegInnen und beteiligten sich an dem Warnstreik statt den Unterricht zu besuchen. Leider trauten sich etliche Auszubildende nicht, der Schule fern zu bleiben und Fehlzeiten zu riskieren, u.a weil sie Ärger mit dem BAföG befürchteten.

Bereits Anfang 2015 hatten angehende ErzieherInnen (darunter organisierte Mitglieder von SAV und REVOLUTION) der Schule begonnen, das Thema in den Studierendenrat der Fachschule für Sozialpädagogik einzubringen, Informationen zu sammeln und Kontakt zu den Gewerkschaften ver.di und GEW sowie zu linken Organisationen und Parteien aufzubauenAuf einer einberufenen Vollversammlung der Fachschule Ende Februar 2015 informierten eine Betriebsrätin und Erzieherin, eine ver.di Funktionärin und der Studierendenrat über die Forderungen und den bevorstehenden Arbeitskampf sowie allgemein zum Thema gewerkschaftliche Organisierung. Eine überwältigende Mehrheit der Anwesenden sprach sich dann anschließend in einer Abstimmung dafür aus, dass der Studierendenrat den Arbeitskampf solidarisch begleiten sollte.

Am 26. März trafen sich dann linke Organisationen, Mitglieder des Studierendenrates, GewerkschafterInnen und ArbeiterInnen in sozialen Berufen zur konstituierenden Sitzung eines Solidaritätskomitees für die Streikenden. Ziel soll es sein den Streik auch von außen zu unterstützen und sich zu vernetzen. Am 8. April folgte dann in Kassel der zweite Warnstreik mit einer – auch ferienbedingten - geringeren Beteiligung von insgesamt ca. 700 Streikenden.

Momentan verrät die Gewerkschaftsführung von ver.di jedoch sowohl die streikenden angestellten LehrerInnen und die GEW, als auch die ArbeiterInnen im Sozialen Dienst, denn sie hat bereits in den Auseinandersetzungen der Angestellten des Landes einem Tarifvertrag zugestimmt. Damit nimmt sie den Druck aus dem Kessel und verhindert effektive Streiks. Noch dazu ist der Tarifvertrag mit mickrigen Lohnzuwächsen ziemlich bescheiden. Wir rufen die Angestellten der Länder dazu auf bei der Abstimmung über den Tarifvertrag mit NEIN zu stimmen und die Streiks im Sozialen Dienst und bei den angestellten LehrerInnen auszuweiten.



Grundlagen des Marxismus - Der Staat Teil 1:

Der bürgerliche Staat

Ein Artikel von
Lukas Müller

Für die Überwindung der kapitalistischen Gesellschaft durch eine soziale Revolution und eine Übergangsphase, die wir als Sozialismus bezeichnen, ist die Frage des Staates von zentraler Bedeutung. Sich mit ihr intensiv auseinanderzusetzen, ist für jede revolutionäre Organisation unerlässlich. Wir widmen dieser Thematik innerhalb unserer Rubrik „Grundlagen des Marxismus" eine dreiteilige Serie. Sie soll einen Überblick über die Staatsfrage geben – warum entstand er, welche Interessen vertritt er und wie kann er für immer überwunden werden?

Marx und Engels haben ihre Staatstheorie nie in einem einheitlichen Buch niedergeschrieben. Sie berühren diese Frage in verschiedenen Texten, die zu unterschiedlichen Zeiten und Sachverhalten verfasst wurden, vor allem in „Der Bürgerkrieg in Frankreich", Marx und Engels Kritiken an den Programmen der SPD, aber auch im „Manifest der kommunistischen Partei". Später, kurz vor der russischen Oktoberrevolution 1917, veröffentlichte Lenin sein berühmtes Buch „Staat und Revolution". In diesem legt er das marxistische Verständnis vom Staat anschaulich dar und untermauert es mit verschiedenen Zitaten von Marx und Engels.

Bürgerlicher Staat und Klassengesellschaft

Der bürgerliche Staat ist für Marx und Engels ein Produkt der Gesellschaft auf einer bestimmten Entwicklungsstufe der Produktivkräfte. Im Gegensatz zu den Gentilorganisationen, also den Urgemeinschaften, zeichnet er sich durch die Einteilung der Staatsangehörigen nach Gebiet aus. Er entsteht aus der Gesellschaft selbst heraus, stellt sich aber als Macht über sie. Er ist Ausdruck der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und daher umgekehrt ein Beweis, dass der Kapitalismus selber nicht fähig ist, die Klassengegensätze zu versöhnen. Er versucht die Klassenkämpfe zu mildern, damit das System nicht zerbricht, versucht also die Unterdrückung der Arbeiter_innen durch die Kapitalist_innen zu festigen und zu verschleiern. Der Staat ist somit ein Organ der Klassenherrschaft, da es den Konflikt der Klassen dämpft und Widerstand sanktioniert. Dieses scheint zwar über der Gesellschaft zu existieren, ist aber durch unzählige Fäden mit der Bourgeoisie verstrickt.



Engels schreibt dazu in seinem Werk „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats" 1894:
„Der Staat ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebenso wenig ist er „die Wirklichkeit der sittlichen Idee", wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, dass diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der Ordnung halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangene, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat"

Der bürgerliche Staat ist die monopolisierte, öffentliche Gewalt und muss die Gewalt unbedingt in seiner Hand monopolisieren. Denn ein bewaffnetes Volk würde auch einen bewaffneten Kampf, der sich feindlich gegenüberstehenden Klassen bedeuten und somit in einen Zustand verharren in der die Entwicklung nicht voran schreiten und in dem es keine festen Verhältnisse zur Unterjochung einer Klasse geben kann.
Dieser monopolisierten Gewalt bemächtigt sich die herrschende Klasse und macht sich so auch zur politisch herrschenden Klasse. Der Rest der Bevölkerung hat keinerlei demokratische Kontrolle über diese.
„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassenge-



gensätze im Zaum zu halten, da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse , die vermittelst seiner auch politisch herrschende Klasse wird und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klassen."

Um seine Funktionen auszuführen benötigt er außerdem ein Heer von verbeamteten Bürokrat_innen, die durch höhere Gehälter und allerlei Privilegien von den Interessen der restlichen Arbeiterschaft getrennt werden. Der Staat besticht also einen kleinen Teil der Menschen, damit dieser auch zuverlässig für ihn arbeitet, nur seine Interessen vertritt und sich nicht als Teil der unterdrückten arbeitenden Massen sieht. Ähnlich sieht es bei den Politiker_innen aus, welche auch Gehälter beziehen, die den Lohn der Arbeiter_innen deutlich übersteigen. Darüber hinaus kommen die meisten Politiker_innen aus der herrschenden Klasse selber, (Ex)Unternehmer_innen, aber auch Jurist_innen. Einfache Arbeiter_innen, die den ganzen Tag für ihre Kapitalist_innen schuften müssen, haben meist weder die Zeit, noch die Energie über ihre Arbeit hinaus in einer Partei aktiv zu werden und Politik zu machen. Zu Beginn einer Karriere in einer Partei ist es unmöglich ohne nebenher zu arbeiten, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Nur wer Andere für sich arbeiten lässt, hat Geld und Zeit Einfluss auf die Politik zu nehmen. Die enge Verflochtenheit von Politik und Wirtschaft zeigt sich auch im tagespolitischem Geschehen. Beispielsweise wenn Politiker_innen in Wirtschaftsvorstände wechseln oder von Unternehmen Hunderttausende kassieren für die Arbeit, die sie als Politiker_innen im Interesse der Unternehmen gemacht haben.
Auch das allgemeine Wahlrecht ist für Marx und Engels nichts als eine Farce, um die materielle Ungleichheit zu verschleiern, welche keine tatsächlichen gesellschaftlichen Veränderungen herbeiführt. Die wenigsten Lohnabhängigen sind in einer Gewerkschaft, noch deutlich weniger in einer Partei organisiert. Die Demokratie ist eine Demokratie für die Minderheit, für die Reichen, während das eigentlich Volk vom öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen ist.

Über den Charakter des Staates lassen Marx und Engels letztlich keinen Zweifel. In Marx Texten zur französischen Revolution bezeichnet er diesen als *„öffentliche Gewalt zur Unterdrückung der Klassenherrschaft"*, als *„Maschine der Klassenherrschaft"*, als *„nationale[s] Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit"*. Deshalb muss die Arbeiterklasse ihn zerschlagen, zerbrechen und anstatt seiner den proletarischen Staat errichten.

Teil 2: Proletarischer Staat und sozialistische Umwälzung

Gute Frage, gute Antwort

Ein Artikel von
Flo Wasser

Frage: Bedeutet Sozialismus nicht Diktatur und Unterdrückung?

Antwort: Nein, ganz und gar nicht. Im Sozialismus gibt es sogar ein deutlich höheres Maß an demokratischer Mitbestimmung. In einer kapitalistischen „Demokratie" haben die BürgerInnen nur durch Wahlen die Möglichkeit ihre Meinung zu vertreten. Diese Wahlen sind nicht nur sehr selten (Alle vier Jahre), sondern haben auf wirklich wichtige Macht Organe keinen Einfluss. Polizei, Geheimdienst, Militär und vor allem das Privateigentum der Bosse liegen jenseits der demokratischen Kontrolle.

Im Sozialismus ist das gravierend anders. Anstelle eines bürgerlichen Parlaments soll es in jedem Bezirk und Dorf, in jeder Fabrik Räte der ArbeiterInnen bzw. AnwohnerInnen, die Angelegenheiten entscheiden und anwählbare Deligierte in das nächst höhere Gremium entsende, zum Beispiel den Rat der gesamten Region.
Nicht zuletzt fordern wir auch die Bewaffnung der ArbeiterInnen und deren Organisation in durch die Räte kontrollierte Milizen, damit keine ungewählte Elite etwas gegen den Willen der Massen durchsetzen kann.

Frage: Was ist das Proletariat?

Antwort: Das Proletariat ist die arbeitende, also die produzierende Klasse. Die allermeisten Menschen auf dieser Welt haben nicht das Glück um über Fabriken, Firmen, Großgrundbesitz oder ähnliches zu verfügen, daher bleibt ihnen um Geld zu erwirtschaften nur die Möglichkeit ihre eigene Arbeitskraft als Ware zu verkaufen, sprich Arbeiten zu gehen.

Alle die auf diese Weise abhängig vom Verkaufen ihrer Arbeit sind, sind mehr oder weniger Proletarier_Innen.

Umgruppierung: ewigwährender Selbstzweck oder potentielles Sprungbrett?

Ein Artikel von
Wilhelm Schulz

Was ist Umgruppierung?

Die Umgruppierung ist ein zeitweiser Block von Gruppen und Aktivist_innen um durch gemeinsame Praxis eine größere Auswirkung, wenn zumeist auch nur exemplarisch, auf die Klasse zu ermöglichen, um dabei Unterschiede zu ermitteln und bestenfalls zu überwinden.

Zwei Faktoren sind dabei zentral für das Aufrechterhalten der Umgruppierung: Die programmatische Weiterentwicklung in Richtung eines revolutionären Programms und die Sogkraft auf kämpfende Teile der Klasse. Die Umgruppierung ist der Versuch neue Kräfte für den Aufbau einer Gegenmacht zu gewinnen, die den politischen Kampf der Klasse anführen kann, um das System zu zerschlagen. Dabei findet eine spezifische Auswahl der Kräfte statt, nämlich jene die sich in Neuorientierung befinden bzw. in Widerspruch zur bisherigen Praxis geraten, jedoch nicht unmittelbar gewinnbar sind. Diesen Kräften gilt es geduldig, aber nicht prinzipienlos, Aufmerksamkeit und die gemeinsame Aktion anzubieten. Das Prinzip ist dabei das bedingungslose Aufrechthalten des revolutionären Programms, wird dieses aufgeweicht (meist unter der Idee die Massen durch Verwässerung der Wahrheit schneller gewinnen zu können- aber wofür?), gerät das eigene Programm, das Fundament der revolutionären Praxis, ins Wanken und rutscht kontinuierlich nach rechts ab.

Zur Taktik der Umgruppierung bedarf es einer Reihe von den zuvor gehenden Erkenntnissen:

Zu aller erst die Schwäche, aktuell die Zersplitterung, der radikalen Linken darstellt. Zudem existiert auch eine Führungskrise innerhalb der Arbeiter_innenklasse. Zur Eroberung der gesellschaftlichen Macht und dem Aufbau der Diktatur des Proletariats bedarf es einer programmatisch gefestigten, demokratisch-zentralistischen Massenpartei, die die Kämpfe der Klasse anführt. Diese Notwendigkeit kann nicht von einem Umgruppierungsprozess ersetzt werden, sondern die Umgruppierung besteht nur zu dem Zweck des Erreichens der Einheit im Theorie und Praxis, gefestigt im gemeinsamen Programm.

Unter welchen Zielen gehen wir in Umgruppierungsprojekte?

Unser erklärtes Ziel ist es gesellschaftliche Relevanz, somit einen Einfluss auf die bestehenden Klassenkämpfe und die diese anführende Arbeiter_innenavantgarde zu entwickeln. Dafür müssen wir uns eingestehen, dass die führende Ideologie innerhalb der Klasse, die des Reformismus ist, also ein ´falsches Bewusstsein´. Das Bewusstsein ist etwas das innerhalb von Klassengesellschaften immer von den herrschenden Klassen geprägt wird. Diese festigt ihren materiellen Besitz und ihr Interesse des Erhalts dessen in eine ideologische Form (bspw. Gesetze). Würde die Arbeiter_innenklasse erkennen, dass sie in dieser Gesellschaft weder Recht noch Eigentum (außer ihre Arbeitskraft) besitzt, so würden sie die Pflicht erkennen ihrem (Klassen-)Bewusstsein, die notwendige materielle Basis zuzuführen- somit selbst herrschende Klasse zu werden.
Getragen wird eine solche Ideologie durch eben diesen Einfluss der Bourgeoisie in die Klasse. Sie –die Reformist_innen- versuchen die Lasten der Krise die die Bourgeoisie auf die Arbeiter_innen tagtäglich abwälzt, bestmöglich abzufedern und verwalten diese somit mit. In Zuge dessen versuchen sie lediglich einen Teil der Lohnabhängigen zu schützen, wodurch sie beispielsweise die Ausweitung der gewerkschaftlichen Organisierung oder die internationale Solidarität als Widerstandsmittel stoppen. Ihr wahres Interesse hinter dieser Politik ist die lediglich Aufrechterhaltung ihrer über den Rücken der Klasse errungenen Privilegien.
In Zeiten tiefer Krisen, in der der Reformismus noch offensichtlicher kei-



ne Perspektive für die Klasse als Ganzes bieten kann und sich mehr und mehr entlarvt, kommt es vermehrt zum zeitweiligen nach links gehen zentristischer Kräfte. Aufgabe von uns ist es dabei diese für ein revolutionäres Programm zu gewinnen.

Notwendige Bedingungen

Bedingungen für Umgruppierungen sind die gemeinsame Erkenntnis und Übereinstimmungen zu zentralen Grundlagen, die fortwährend weiterentwickelt werden müssen. Bewähren müssen sich diese Lippenbekenntnisse jedoch in der gemeinsamen Praxis, nur so werden sie überprüfbar. Um den aus unterschiedlichen Traditionen kommenden Organisationen und den bisher unorganisierten Personen die gleichen Möglichkeiten, Rechte und Pflichten für eine gemeinsame Praxis zu bieten und eine gegenseitige (Selbst-)Kontrolle zu ermöglichen, braucht es gewisse Verbindlichkeiten. Im aktuellen Umgruppierungsprojekt in dem wir uns befinden, der Neuen Antikapitalistischen Organisation, waren diese ´zentralen Grundlagen´, wenn meist auch nur in einem Embryonalstadium, folgende: Die Notwendigkeit des revolutionären Bruchs mit dem Kapitalismus. Durchgeführt kann dieser lediglich von der Arbeiter_innenklasse werden. Geführt werden muss dieser Kampf auch in den Massenorganen der Klasse, wie bspw. den Gewerkschaften. Die Krise in der wir uns befinden ist eine historische, die eine qualitativ neue Stufe imperialistischer Konkurrenz schafft. Beantwortet werden kann diese Krise nur durch den revolutionären Internationalismus, somit den Aufbau einer internationalen Arbeiterpartei.

Begriffserklärungen

- **Gegenmacht**
  Arbeiter_innenstrukturen, die wenn sie stark genug ist, den bürgerlichen Staat stürzt
- **Zentrismus**
  Strömung, schwankend zw. Reformismus und revolutionären Marxismus
- **Opportunismus**
  Anpassung an den Reformismus und damit Verwässerung des eigenen Programms und der eigenen Prinzipien.
- **Sektierertum**
  Ablehnung der Zusammenarbeit mit reformistischen Massenorganisationen der Arbeiterinnen und damit Isolation der eigenen Politik innerhalb der „radikalen“ Linken.

Für uns bedarf es jedoch eines revolutionären Programms das, neben den oben genannten Punkten, klar und deutlich eine Handlungsanleitung zur Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und zur Ergreifung der Staatsmacht von Seiten der Arbeiter_innen im hier und jetzt bietet.

Der enge Scheidegrad der Entwicklung der eigenen Organisation in einer Umgruppierung

Der Weg zu einem solchen Programm ist oft lang und steinig. Dabei verfallen Revolutionär_innen oft zwei abweichenden Pfaden. Viele verirren sich zugleich im Dickicht des Opportunismus, andere ins Sekierertum. Diese verfallen hierbei oft übereilt einen Ultimatismus der die Übernahme zentraler Programmpunkte als Bedingung festlegt. Dabei wird ignoriert, dass die Überwindung zentraler Differenzen ein sehr zeitintensiver und zugleich notwendiger Prozess ist, der sich nicht schablonenartig bemessen lässt. Die andere erwähnte Seite derselben Medaille, der Opportunismus, zieht die Grenze weit hinter ihren eigenen Prinzipien und opfert damit die zentrale Aufgabe von Revolutionär_innen: Die Flexibilität in der Taktik bei gleichzeitigem Festhalten an der Strategie! Beide Seiten finden sich jedoch in einem Punkt wieder, sie kapitulieren vor der Aufgabe ein solches Projekt für eine revolutionäre Praxis zu gewinnen.

Klassenkampf in der Gewerkschaftsjugend? – Richtig!

Ein Artikel von
Friedolin Erhard

Wenn wir mit einer Ausbildung beginnen oder ins Berufsleben starten, kann es sein, dass wir ihnen begegnen: Der Gewerkschaft. Es kann auch sein, dass sie im betreffenden Betrieb überhaupt nicht vorhanden ist oder man sie zumindest nicht bemerkt. Gewerkschaften sind durch ihr steifes Image nicht gerade attraktiv für Jugendliche. Sie schwingen geschwollene Reden und liegen mit den Tarifergebnissen fast ausschließlich unter ihren Forderungen. Für uns als Revolutionär_innen geht ihre eigentliche Aufgabe jedoch über Trillerpfeifen-Streiks hinaus!

Gewerkschaften sind in erster Linie aus den Arbeiter_innenvereinen entstanden, die sich in der Illegalität gebildet hatten. Ihr Ziel war und ist es die unorganisierten Arbeitsmassen demokratisch zu vereinen und für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und der Bezahlung zu kämpfen. Wirksamstes Mittels war und ist die Mobilisierung der Masse zum Streik, also die Weigerung die Arbeitskraft an die UnternehmerInnen zu verkaufen. Streik ist aber immer auch eine Waffe für den politischen Kampf. Schon das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, das Recht auf Organisierung und Streik mussten und müssen immer durch Druck der Masse erobert und verteidigt werden. Ziel der Gewerkschaften war es auch für den Aufbau des Sozialismus zu kämpfen, also eine Abkehr vom Kapitalismus, welches von Natur aus Ungleichheit und eine zunehmende Spaltung in Arm und Reich fördert. Die Kapitalist_innen wollen keine Einheit der Arbeiterklasse. Für sie stellt dies eine Gefahr da, weswegen sie ihren Konkurrenzkampf auch immer zu unserem machen wollen. Für die Führung hätte dies aber bedeutet, einen politischen Kampf zu führen, weshalb man sich schnell dazu entschieden hat lieber den Kapitalismus zu beeinflussen, sodass er für zumindest für einen Teil der Klasse erträglicher ist, beispielsweise für die Facharbeiter_innen in Deutschland. Im Vorfeld des Ersten Weltkriegs hat die Zustimmung der Gewerkschaften (und der SPD) den Krieg erst ermöglicht, der Millionen von Arbeiter_innen in Europa das Leben gekostet hat. Heute ist die Kapitalismuskritik nur ein Mittel um der Belegschaft in Zeiten der Krise zu vermitteln, „wir treten radikal für eure Interessen ein".

Die Mitglieder der Gewerkschaften sind nach wie vor die Arbeiter_innenschaft, also die Klasse derer, die gezwungen sind, ihre Arbeitskraft zu verkaufen, um überleben zu können. Wenn sie sich nicht organisieren und Tarifverträge durchsetzen können, sind sie sogar gezwungen sich gegenseitig immer weiter zu unterbieten, Thema Leiharbeit oder Werksverträge. Die organisierte Kraft der Arbeiter_innenklasse kann aber auch das Mittel sein, mit dem die Macht der Kapitalist_innen und ihrer Regierungen in Frage gestellt werden kann. Noch jede Regierung der Welt kam ins Wanken, wenn sich die Massen auf den Straßen versammeln – nicht an Sonn- und Feiertagen, sondern im Streik.

Klasse gegen Klasse: Kampf dem Kapitalismus statt Konkurrenzkampf der Nationen

Wollen wir also einen Massenstreik organisieren, welcher z.B. die Bundesrepublik oder ganz Europa lahm legt, brauchen wir die Schlagkraft der Gewerkschaften und ihre Verankerung in der Arbeiter_innenschaft. Wollen wir einen revolutionären Umsturz des Kapitalismus, dann erst recht. Allerdings müssen dazu die Gewerkschaften von der reformistischen Fessel befreit werden. Also davon, sich nur auf Verbesserungen innerhalb des kapitalistischen Systems zu beschränken und sich damit zufrieden zu geben, was Kapitalist_innen, Regierung und Wirtschaftslage gerade noch zur Verfügung stellen können oder wollen. Reformist_innen sind überzeugt, die Probleme des Kapitalismus, Überproduktion, Hunger, Armut, Krieg, Spekulation und Preisanstieg, Arbeitslosigkeit und Entrechtung durch Reformen zu überwinden. Die gute Stellung der Gewerkschaftsführung wäre außerdem in Gefahr, müssten sie die Massen gegen den Staat führen, mit dem sie sich so gut arrangiert haben, Stichwort: Co-Management. Will man die Gewerkschaften zum Kampf gegen den Kapitalismus bewegen, müssen wir in deren Mitgliedschaft einwirken und sie vom verräterischen Kurs der Führung überzeugen: Es gab keine Gegenwehr gegen die Agenda 2010, sondern man begrüßte die dadurch entstandene *„Wettbewerbsfähigkeit"*. Tarifabschlüsse sind meist knapp über der Inflationsrate, wodurch Löhne seit nunmehr ca. 20 Jahren stagnieren und die Bekämpfung von Leihabreit erfolgt nur mit minimalem Einsatz und Lippenbekenntnissen.

Welche Möglichkeiten bietet die Arbeit im Betrieb?

In der Ausbildung, im Praktikum, im Studium oder als Berufsanfänger stellt man immer als das Schlusslicht dar. Man ist die Anfänger_in und muss sich unter Beweis stellen. Bei wirtschaftlichen Engpässen kann man wegen des jungen Alters umgehend gekündigt werden. Konfrontiert mit vielen neuen Eindrücken und Problemen, muss man sich zusätzlich mit der Frage der politischen Organisierung im Betrieb auseinander setzen. Diese Punkte sind jedoch entscheidend: Sie betreffen alle Auszubildenden und unterscheiden uns gleichzeitig von den Interessen von langjährigen Festangestellten.

Der politische Kampf auf der Straße würde viel Kraft gewinnen, wenn er

Unterstützung aus den Fabriken, den Krankenhäusern, den privaten und öffentlichen Betrieben erhält, was leider selten geschieht. Er muss dazu also auch in diesen mit Nachdruck organisiert werden. Geht man gegen die zuvor genannten Missstände, wie ausbildungsferner Arbeitseinsätze, Überstunden, schlechte Bezahlung oder fehlende Mitsprache, vor, kann zweierlei erreicht werden: Man kann direkte Erfolge erzielen und man organisiert sich. Wird ein Arbeitskampf erfolgreich geführt, zieht das Kreise und zeigt, dass gemeinsamer Kampf gegen Kapitalist_innen zielführend ist. Die politische Organisierung auf der Arbeit ist also nicht etwas was in die Zukunft verschoben werden sollte, im Gegenteil: Je früher damit begonnen wird desto besser.
Dabei kann es sinnvoll sein bestehende Strukturen zu nutzen. Als Jugendauszubildendenvertreter_in (JAV) besitzt man Kündigungsschutz, bekommt betriebliche Gelder zu Weiterbildung und wird für das Amt so viel wie nötig frei gestellt - eine gute Ausgangslage. Bei Missständen oder Angriffen des Unternehmens kann auch der Betriebsrat gegen die Geschäftsleitung aufgestachelt werden. In der Gewerkschaft kann man Kontakte machen und findet KampfgenossInnen die die Ansicht teilen, dass der Kapitalismus nicht reformiert werden kann. Der Ortsjugendschuss (OJA), ein Gremium der Gewerkschaftsjugend, deckt meist eine gewisse Zahl der organisierten Unternehmen vor Ort ab und ist für den Austausch der Aktiven gedacht.

Taktisch statt übereilig

Klingt in Summe nach leichtem Spiel, gäbe es nicht gewisse Hürden. Ist man mit einem „gekauften“ Betriebsrat konfrontiert oder in einem Betrieb, der seinen Burgfrieden mit der Geschäftsleitung geschlossen hat, wird das Vorhaben ungemein schwieriger – jedoch nicht unmöglich. Die Gewerkschaftsführung findet es einerseits gut, wenn Bewegung entsteht, zumindest Massenbespaßungen wie der Jugendaktionstag in Köln. Wird es aber zu politisch, wird man schnell isoliert, schlimmstenfalls raus geworfen. Tritt man als Kommunist_in all zu offen auf, wäre man nicht die erste Person, der solches widerfährt. Will man also politische Inhalte rein tragen, müssen die Aktionen mit Bedacht gewählt werden, besonders wenn man als politische Gruppe agiert. Das Umfeld sollte zuvor beurteilt werden: Gibt es Personen die einen Unterstützen, fällt einem der Betriebsrat in den Rücken oder wird er mithelfen? Können Mitstreiter_innen gewonnen werden etc.? Auch das Ziel selbst sollte mit Bedacht gewählt werden. Forderungen sollten keine Personen ausgrenzen oder Angriffsfläche bieten, mit denen Teile der Belegschaft gegen andere ausgespielt werden können.

Die Gewerkschaftsjugend ist meist sehr aktionistisch orientiert. Die Gewerkschaftsbürokratie räumt ihr einen gewissen Spielraum ein und deckt Aktionen mit Rechtsschutz. Es werden rhetorische und juristische Ausbildungen geboten, besonders für die JAV. Plakate, Transparente, Beamer und Räumlichkeiten stehen zur Auswahl. Ergibt sich also die Möglichkeit auf ein JAV-Mandat, sollte diese Chance nicht ohne gute Überlegung vertan werden.
Die Führung behält sich jedoch vor jede offizielle Aktion *„abzusegnen“*. Zwar kann die Gewerkschaftsjugend eigene Beschlüsse fassen, aber diese bedürfen der Zustimmung der Gewerkschaftsgremien. Die gesamten Großevents der IG Metall in Köln oder Frankfurt, wären ohne Zustimmung der Führung nicht möglich, oder gingen sogar von dieser aus.

Die Jugend ist mit Problemen und Ausbeutung konfrontiert, trägt Zukunftsängste mit sich und ist noch nicht entmutigt durch jahrelanges Stillhalten. Wollen wir ein aktivistisches, selbstverantwortliches Organ ohne Bevormundung. Es bedarf deshalb einer unabhängigen Gewerkschaftsjugend als gleichberechtigten Teil der Gewerkschaftswelt. Volle Mitsprache in allen Belangen, die uns betreffen, eigener demokratischer Strukturierung und Satzung.

Wir wollen keine Sozialpartnerschaft mit den Kapitalist_innen! Der Kapitalismus als solches stellt die Krise dar, gegen die es zu kämpfen gilt, nicht durch Reformen, sondern durch den Systemsturz. Hier bedarf es klarer Tagesziele, beispielsweise die Verhinderung von Entlassungen mittels einer Betriebsbesetzung. Und weiter reichender Übergangsziele, wie etwa die Enteignung des Betriebs unter Arbeiter_Innenkontrolle. Das bedeutet vollen Einblick in die Geschäftsbücher und die Aneignung des Wissens über den Ablauf des Betriebs. Ziel ist es die Geschäftsleitung zu verjagen und alle Produktionsbelange selbst organisieren zu können. In Südamerika, Griechenland und der Schweiz hat man Betriebe, die geschlossen werden sollen, in der Vergangenheit bereits unter Belegschaftskontrolle gestellt.
Das Erreichen dieser Ziele und die Macht durch Geschlossenheit, hat eine immense Wirkung auf Menschen, die glauben, man könne eh nichts erreichen. Doch verknüpft man den ökonomischen Kampf nicht mit dem politischen, bewegt man sich immer in den Grenzen des Kapitalismus: Ob die Unternehmer_innen uns ausbeuten oder wir uns unter eigener Führung ausbeuten müssen, bleibt gleich. Wir brauchen also auch ein politisches Programm, welches den kapitalistischen Staat und das System als Ganzes angreift. Rätestrukturen in den Betrieben, Städten und Gemeinden um kontrolliert die Macht des bürgerlichen Staates in die Hände der Werktätigen zu nehmen. Sozialismus ist das Ziel, eine revolutionäre Partei für uns das Mittel und der Kampf für diese unsere Aufgabe. Jeder Arbeitskampf sollte neben einer Verbesserung der direkten Umstände auch dahingehend ein Bewusstsein schaffen.

Auch wir von REVOLUTION haben bereits gewerkschaftliche Kämpfe unterstützt oder organisiert. Wir können diese Erfahrung einbringen und helfen euch gerne bei der Vorbereitung von Aktionen. Wichtig ist nur endlich aktiv zu werden!

Prekariat und Jugend

Ein Artikel von
Katherina Singh

Ein schöneres Wort für Unterschicht?

Prekariat -wieder mal ein kompliziertes Wort, dass sich ziemlich klug anhört und man irgendwo schon mal aufgeschnappt hat. Aber was versteht man eigentlich unter dem Begriff Prekariat? Was heißt es prekär, beschäftigt zu sein?

In erster Linie beschreibt prekär ein Arbeitsverhältnis. Nämlich: schlecht bezahlt, keine Sozialversicherung, befristet, kein Tarifvertrag, ungewisse Zukunftsaussichten. Die ständige Angst vor sozialem Abstieg, Unsicherheit aufgrund der Zeitarbeit gibt es aber dafür kostenlos dazu. Also könnte man sagen: Ja. Der Begriff der Prekariat beschönigt ein ungeschütztes Arbeitsverhältnis. Allgemein wird in der Soziologie auch so getan, dass es sich hierbei um eine neuere Form einer sozialen Gruppierung handelt. Dass das eine Lüge ist, scheint klar zu sein.

Zahlen, Zahlen und noch mehr Zahlen

In den letzten 10 Jahren nahm die Prekarisierung von Arbeitsstellen beständig zu. Jugendliche sind besonders betroffen. Als billige Arbeitskraft in Minijobs, Praktika oder als Leiharbeiter_in wird man gerne genutzt. Nebenbei drückt man so die Reallöhne der Beschäftigten, während man selber ausgebeutet wird. Laut des DGB Index für Gute Arbeit für junge Beschäftigte hat Jeder 5. hat eine unbefristete Arbeitsstelle. Zum Einen hat man mit so genannten Strukturreformen die Jugendarbeitslosigkeit verringert und sie dafür in prekäre Arbeitsverhältnisse getrieben. Rund 14% der Jugendlichen verdienen weniger als 800€ im Monat. Mit der Agenda 2010 wurde der Arbeitsmarkt flexibler und es wurden mehr Anreize geschaffen.
Das heißt genauer: Wenn die Leistungen des Hartz4 Satzes nicht gekürzt werden sollen, darf man nur noch eine begrenzte Zahl an Jobs ablehnen. Schöner Anreiz, nicht? Die breite Auswahl an Zeit- und Leiharbeitsfirmen, sowie die Umwandlung von normalen Beschäftigungsverhältnissen zu schlecht bezahlten, befristeten Mini- oder Teilzeitjobs sorgen dann auch für ausreichend Flexibilität.

Zudem wird einem suggeriert, dass Praktika für den Lebenslauf notwendig sind und die Aufstiegschancen fördern. Bevor man eine Ausbildung anfangen will oder als Pflichtmodul in einem Studium stellen schlecht bis gar nicht entlohnte Praktika mittlerweile eine Pflicht dar. Teilweise können von 3 Monate bis sogar zu einem Jahr andauern. Hinzu kommen dann



noch die Praktika in der Schulzeit -besonders bei Berufsschulen- und die, die man freiwillig in Sommer- und Semesterferien macht.

Einen besonderen Aspekt nehmen Migrant_innen ein. Der vorherrschende Rassismus wirkt sich so aus, dass sie den größten Teil der prekären Beschäftigten stellen. In der Schule, im Betrieb und an der Uni haben Migrant_innen die schlechtesten Bildungschancen -und werden zum Einen so vermehrt in prekäre Jobs gedrängt. Zum Anderen muss man in vielen Betrieben nur den falschen Namen haben um nicht für den Job oder Ausbildung angenommen zu werden, sondern für den Mini- oder Teilzeitjob für den man "eh nicht so gute Qualifikation" braucht. Ähnlich läuft es bei Frauen. Neben sexistischen Kommentaren und Belästigungen, denen man im Alltag ausgesetzt ist, sprechen die Zahlen für sich. Doppelt so viele weibliche wie männliche Jugendliche, sprich rund 40%, arbeiten prekär beschäftigt. Gut ein Fünftel aller weiblichen Angestellten unter 30 müssen laut des DGB Index für gute Arbeit auch in ihrer Freizeit unbezahlt für den Job arbeiten -bei den Männern sind es 9%.Die Quote an Frauen, die einen Gymnasial- oder Universitätsabschluss haben ist zwar höher als die der männlichen Absolventen. Dennoch arbeitet der Großteil der Frauen prekär in Teilzeit- oder Minijobs. Warum? Die Privatisierung der Hausarbeit sie zwingt zu Hause zu bleiben und was zum Familieneinkommen "dazuverdienen". Dass sie oft nicht die Hauptverdienerinnen sein können ist klar -denn schließlich verdienen Frauen im Schnitt 23% und in gleichen Jobs bis zu 8% weniger als ihre männlichen Kollegen.

Was für eine Perspektive brauchen wir?

Diese Rechte sind gut und schön, aber reichen beiweitem nicht aus. Besonders in Krisenzeiten werden die Rechte der Arbeiter_innen immer beschnitten um die Profite der Kapitalist_innen zu wahren. Errungenschaften wie Mindestlohn etc. werden angegriffen, wie wir gerade in Spanien oder Griechenland sehen. Deswegen dürfen wir uns keine Illusionen in die Forderungen der Reformist_innen machen, sondern kämpfen für die Verbindung von Tageskämpfen mit einer revolutionären Perspektive. Die Kapitalist_innen nett darauf hinzuweisen, dass man für gute Arbeit gute Arbeitsbedingungen braucht, wird nicht dafür sorgen, dass es keine befristeten Arbeits- und Tarifverträge und einen Mindestlohn gibt!

Dabei ist gerade für prekär Beschäftigte die Forderung nach einem gesetzlichen Mindestlohn mit dem man seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, ein zentraler Punkt. Zum Einen um den Druck und die Angst vor sozialem Abstieg zu verhindern, zum Anderen um die Grunddversorgung aller Menschen zu gewährleisten.
Auch die gewerkschaftliche Organisierung und der Kampf gegen die Auslagerung von ganzen Abteilungen und Spaltungen in verschiedene Tarifeinheiten, ist zentral.

Unsicheres Arbeitsverhältnis, kaum Ansprüche auf Bezüge vom Staat, keine eigene Wohnung, Rassismus, Sexismus oder unbezahlte Praktika für Jugendliche und junge Arbeitende. Das sind keine Probleme die nur hier im Herzen des Imperialismus, in Deutschland, vorzufinden ist. Auf der ganzen Welt werden Jugendliche stärker vom herrschenden System ausgebeutet! Daran können wir allein nichts ändern. Wir brauchen eine Internationale Organisation, um diese Probleme überall lösen zu können. Neben der revolutionären Partei ist es deshalb unabdinglich eine internationale Organisierung aller Jugendlichen aufzubauen. Deshalb treten wir für eine revolutiobäre Jugendinternationale ein, denn all diese Probleme haben einen gemeinsamen Nenner, den Kapitalismus!

Du bist Minijober_in? – Das sind deine Rechte!

Erstmal: Minijober_in bist du, wenn du im Monat maximal 450 Euro („geringfügig entlohnt") verdienst oder du kurzzeitig beschäftig bist – maximal 50 Arbeitstage im Kalenderjahr.
Dass du die gleichen Rechte wie Vollzeitbeschätigte hast, werden dir die wenigsten Arbeitgeber_innen sagen. Dein Boss muss dich gleich behandeln – aber er kann dies mit Begründungen wie „ungleiche Qualifikation" umgehen. Trotzdem Gleichbehandlung? Was heißt das für mich?

• Dir steht ein **schriftlicher Arbeitsvertrag** zu, spätestens nach zwei Monaten muss schriftlich vorliegen, wie das Arbeitsverhältnis (Dauer / Beginn, Ort, dein Name und der des Bosses, Tätigkeit, Lohn, Hinweis auf Tarifverträge, Arbeitszeit, Urlaubstage, Kündigungsfrist) aussieht.

• **Urlaub!** Dieser berechnet sich so: Arbeitstage p. Woche x 24 / 6 = Urlaubstage. Auch hier gilt Gleichbehandlung!Lohn für gesetzliche Feiertage! Dein Boss darf dich den Feiertag auch nicht nach- oder vorarbeiten lassen!

• Lohnzahlung für 6 Wochen bei Krankheit oder Schwangerschaft und Beschätigungsverbot! Zuschuss zum Mutterschaftsgeld!

• **Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld)**, wenn diese deinen Vollzeitkollegˌnnen zustehen!

• **Schutz vor sofortiger Kündigung!** Auch hier gilt die Gleichbehandlung! Es sind zur Kündigung unterschiedliche Fristen, je nach Beschäftigungsdauer, einzuhalten. Die Kündigung muss schriftlich erfolgen.

• **Minderjährig?**
-> maximal 8h Arbeit pro Tag –
-> mehr Urlaub: mit 16 30 Tage,
mit 17 27 Tage,
mit 18 25 Tage

Quelle und weitere Infos auf www.minijob-zentrale.de



Ertrunkene Flüchtlinge, brennende Asylheime:

Trauern um die Toten – Kämpfen für die Lebenden!

Ein Artikel von
Flo Wasser

„400 Menschen gestorben am 12.April 2015“ stand groß auf der Titelseite der Taz, darunter die Trauermeldung: „Plötzlich und leider zu erwartbar ist vor der Küste Libyens erneut ein Flüchtlingsschiff untergegangen. Weniger als 150 der circa 550 Insassen wurden gerettet.“

Damit widmet die Taz dem Unglück im Mittelmeer mehr Aufmerksamkeit als alle anderen großen Zeitungen es taten.
Sicher erinnern wir uns alle noch daran wie tage- ,wochenlang über den tragischen Absturz bei Germanwings berichtet wurde. Mehrere Ausgaben konnten Bild und Co. mit „Berichten“ über die Lage vor Ort, die Zahl der Opfer und das Leid der Hinterbliebenen füllen. Nicht anderes war das als die Costa Concordia auf ein Riff lief und 32 Menschen starben. Tagelang waren die Nachrichten voll mit Bildern des havarierten Kreuzschiffes und des unfähigen Kapitäns.

Mit dem Untergang des Flüchtlingsschiff wird es nicht so sein.

Warum nicht? Sind 400 afrikanische Leben etwa weniger wert als 150 deutsche? Wie oft hörten wir, dass unter den Opfern des Absturzes so viele SchülerInnen waren? Die meisten Menschen auf Flucht sind unter 18, also ist davon auszugehen, dass unter den Toten auch ca. 200 Kinder und Jugendliche sind, die qualvoll ertranken als sie vor dem Elend, dass sie zu ersticken drohte, flohen.

In bürgerlichen Medien wird jetzt oft und wortreich festgestellt, dass die SchlepperInnen ja an solchen Katastrophen schuld seien. Das das vollkommener Schwachsinn ist erklärte das VICE Magazin sehr gut: *„Das ist ungefähr so aufrichtig, als würde man dreilagigen NATO-Draht um sein Grundstück ziehen—und wenn dann das Nachbargrundstück brennt und die Nachbarn versuchen, trotzdem über den Zaun zu klettern, gibt man den Leuten die Schuld, die Decken über den Stacheldraht werfen, weil die Decken manchmal zu dünn sind und die verzweifelten Nachbarn im Draht verbluten. Statt sich damit auseinanderzusetzen, dass man selbst den Zaun gebaut hat, der dieses Elend überhaupt erst nötig macht.“* (Quelle: http://www.vice.com/de/read/eine-ganz-normale-woche-in-deutschland-663?utm_source=vicefb)

Nicht die Schlepperkriminalität ist der Grund dafür, dass das Mittelmeer zum Massengrab wird, sondern der Imperialismus. Hunger, Krieg und Krise zwingen die Menschen dazu ihre Heimat zu verlassen – unter Einsatz ihres Lebens.

Und wenn es den europäischen Piratenflotten tatsächlich darum ginge den Schleppern einen Schlag zu versetzen, dann sollten sie mit ihren Schiffen an den Küsten Nordafrikas ankern und allen eine sichere Passage ermöglichen.

Stattdessen werden Millionen für Stacheldraht und Mauern ausgegeben um auch die, die nicht ersoffen sind abzuwehren.

Rassistische Angriffe in Deutschland

Als wäre es nicht schon schlimm genug, dass die Reise nach Europa so gefährlich ist, sind die Refugees auch hierzulande großer Gefahr ausgesetzt. Sei es durch die Verschärfung der ohnehin schon scharfen Asylgesetzgebung , durch alltägliche Diskriminierung und Repressalien oder durch Angriffe von Nazis.

Dienstag brannten Flüchtlingsunterkünfte in Hamburg und Berlin, Samstag wurde ein Heim in Taunus mehrfach beschossen, in Wuppertal machten Nazis Fotos in einer Unterkunft und in Witten wurde eine Moschee angezündet. Auch in Tröglitz wurde ein Haus in das in naher Zukunft 40 Refugees einziehen sollten angezündet. Das es bei all diesen Angriffen noch keine Toten wie '92 gab ist ein großer Zufall!

Um jedes Heim und jeden Menschen zu verteidigen brauchen wir den militanten Schutz einer antifaschistischen Einheitsfront unter Einbeziehung der Refugees und MigrantInnen. Damit eng verbunden ist die Forderung nach der Aufnahme der Geflüchteten in die Gewerkschaften und damit ihre Integration in die organisierte ArbeiterInnenklasse sowie wie der Kampf mit den Refugees für volle Bürgerrechte und die Abschaffung der Lager, der Residenzpflicht und des Arbeitsverbotes.

Unsere Solidarität gilt allen die von den Angriffen betroffen sind und allen, die sich gegen diese wehren und sich gegen Fremdenhass uns Rassismus einsetzen.

Den AntirassististInnen in Tröglitz, Witten und jedem anderen Ort schlagen wir vor: Organisiert antifaschistische Verteidigungsstrukturen um die Heime um deren BewohnerInnen zu schützen! Wir helfen euch dabei!

Gegen Fluchtursachen, gegen Flüchtlingsleid, gegen Naziübergriffe und rassistische Gesetze: One Solution – REVOLUTION!

Fortsetzung von Seite 20 (Rückseite)

Integration braucht man erst gar nicht - denn lange bleiben sollten sie eh nicht, da sie die Sozialsysteme ''nicht unnötig belasten'' sollen.

Kommt man aber ungelegen, wenn mal gerade keine günstige Arbeitskraft gebraucht wird, ist es egal, ob man über Spanien und Italien geflohen ist oder aus den östlichen Ländern der EU kommt.

Perspektive: Spaltung überwinden!

Wir Jugendlichen erleben eine Entrechtung, genau wie Geflüchtete und Arbeitsmigrant_Innen. Wir haben schlecht bezahlte Ausbildungen, unbezahlte Praktika oder Nebenjobs, die kaum vergütet sind und Einen in eine finanzielle Abhängigkeit von der Familie zwingen. Migrant_innen und Flüchtlinge wiederum ist legales Arbeiten gar oft verboten, was sie zur Annahme von Schwarzarbeit oder illegalen Drogendeal zwingt.

Eine zentrale Schwäche der bisherigen Bewegung war ihre Isolierung vom Rest der Arbeiter_innenklasse, obwohl Geflüchtete der unterdrückteste Teil dieser sind. Der DGB ließ letztes Jahr sogar Geflüchtete aus seiner Gewerkschaftszentrale räumen und wurden gar schon aus Gewerkschaften geschmissen.

Ein Weg aus diesem Dilemma bietet unter anderem die Forderung nach Aufnahme in die Gewerkschaften, sowie die Forderung nach Arbeitsrecht - eine Forderung für die die Gewerkschaften eintreten sollten!
Nicht nur, dass die Geflüchteten, die versuchen den Folgen der EU Außenpolitik zu entkommen oder aufgrund politischer Verfolgung fliehen, somit die Möglichkeit hätten, eine gewisse Selbstständigkeit zu erreichen. Nein, mit der Aufnahme in eine Gewerkschaft gäbe es die Basis für einen gemeinsamen Arbeitskampf - und an diesem gäbe es von allen Seiten, auch von Seiten der deutschstämmigen Arbeiter_innen, durchaus Interesse. Arbeitsmigrant_innen werden schlechter bezahlt und das wiederum sorgt für Lohndrückerei, wovon die ganze Klasse betroffen ist - was wiederum zur Spaltung der Arbeiter_innen beiträgt, die ihren Kampf aber nur international gewinnen können. Es gilt also den zur Zeit stattfinden Rassismus zu bekämpfen und die Spaltung zu überwinden, denn: Rassismus lenkt vom Kapitalismus als der eigentlichen Ursache des sozialen Niedergangs ab und nützt somit nur der herrschenden Klasse. Aber anstatt den gemeinsamen Kampf anzustreben, verweigert die Gewerkschaftsführung die Zusammenarbeit - das zeigt, wie tief Alltagsrassismus und Sozialchauvinismus im Zuge der "Sozialpartnerschaft" mittlerweile in der Arbeiter_innenbewegung Verbreitung gefunden haben.
Nur wenn es uns gelingt diese Kämpfe zu verbinden, ein Bewusstsein zu schaffen, dass nicht nur die Geflüchteten im Boot sitzen, dass die EU bereitwillig kentern lässt, sondern auch wir, können wir eine Bewegung sein, die genug Druck erzeugen kann, dem rassistischen, ausbeutenden System etwas entgegenzustellen. Von viel zentralerer Bedeutung wäre bei einem gemeinsamen Kampf aber auch, dass dieser ein Schritt zur Beseitigung der rassistischen Spaltung der Arbeiter_innenklasse wäre!

Wir fordern:
» Schluss mit der Kriminalisierung: Sofortiges Arbeitsrecht und volle Staatsbürgerschaft für alle Geflüchteten und Arbeitsmigrant_innen
» Weg mit rassistischen Positionen in Gewerkschaften und offenen, sowie versteckten Diskriminierungen im Alltag!
» Schluss mit der Isolation der Bewegung! Für eine Solidarisierung mit den Geflüchteten und einen gemeinsamen Kampf aller Jugendlichen, Gewerkschaften, radikaler Linker, antirassistischer Arbeiter_innen und der LINKEN.
» Geflüchtete in die Gewerkschaften, gegen die rassistische Spaltung der Arbeiter_innenklasse, für den gemeinsamen Arbeitskampf!



Flucht und Rassismus: Proteste, Schwächen und Arbeit

Ein Artikel von
Katherina Singh

Wie düster das Leben von Geflüchteten diesseits des Mittelmeeres ist, stellt kein Geheimnis mehr dar. Zusammengepfercht warten sie mehrere Jahre in unmenschlichen Unterkünften auf die Bearbeitung ihres Asylantrages. Die Residenzpflicht zwingt sie dazu dort ihr Dasein zu fristen - um dann in 4 von 5 Fällen wieder in Kriegs- und Krisengebiete abgeschoben zu werden. Zusätzlich kommt die Angst vor Übergriffen hinzu -allein in diesem Jahr gab es bereits mehr Angriffe als in den Jahren 2012 und 2013 zusammen. Schuld daran ist die Hetze, die schon lange nicht mehr nur von Rechtsextremisten betrieben wird, sondern auch von CDU oder der SPD unter dem Deckmantel " Versachlichung der Debatte'' betrieben wird.
Die Proteste der Geflüchteten verhallen im Nichts oder werden mit leeren Versprechungen erstickt wie man am Beispiel der Bewegung um den Berliner Oranienplatz sehen kann.

Konkret fehlt den Geflüchteten ein Druckmittel um ihre Forderungen durchzusetzen. Ihre Aktionen sind zu isoliert und einfache Demonstrationen reichen nicht aus um der Regierung Feuer unter ihren Wohlstandsärschen zu machen.

Rassismus

Während die einen leiden, wird von anderer Seite noch mal gehetzt und die Angst geschürt. Mit rassistischen Klischees wird versucht, den Kampf, der eigentlich ein gemeinsamer sein sollte zu trennen. Marzahn-Hellersdorf ist ein Paradebeispiel. Angeblich besorgte Anwohner_innen wollen Kinder schützen, Drogenhandel verhindern und werfen mit ekelhaft rassistischen Klischees um sich. Damit spielen sie der Regierung in die Hände. Das Motto, *die Guten ins Töpfchen, die Schlechten ins Kröpfchen ist erwünscht*.
Der Eine ist ein "Wirtschaftsflüchtling" aus Somalia, die Andere eine "Armutsmigrantin" aus Rumänien, wieder eine Andere ist vor dem Krieg aus Syrien geflohen. Ihre Gemeinsamkeit? Alle versuchen vor der imperialistischen Politik - auch jener Deutschlands - zu fliehen. Dass Deutschland drittgrößter Waffenexporteur ist, EU-Trawler, riesige Fischkutter, seit Jahren die Ostküste Afrikas leerfischen, EU - Agrarsubventionen in Afrika für Hunger sorgen und mit billigen Exportprodukten die dortige Wirtschaft zerstören oder dass man zuerst in Osteuropa den Markt für private, europäische Investoren öffnete, alles verkommen ließ und die Menschen erst Jahre danach hier unter eingeschränkten Bedingungen arbeiten durften, wird sehr gerne vergessen.

Aber Faschos, Rassist_innen und Regierung sind sich einig: Lieber verschleiert man die Ursachen und hetzt anstatt Verantwortung zu übernehmen. Und wenn man schon MigrantInnen aufnehmen muss, dann bitte nur qualifizierte. Dass sich hinter dieser Forderung ebenfalls nur ein wirtschaftliche Vorteilspolitik versteckt, ist wohl Jedem klar. Bestes Beispiel ist das Anwerbe-Abkommen aus den 50/60er Jahren mit der Türkei und weiteren Staaten. Wenn gerade mal Fachkräfte benötigt werden, lässt man sie in die deutsche Stube hinein.

Fortsetzung unten auf Seite 19

kein mensch ist illegal

JUGEND GEGEN RASSISMUS, KRIEG & ABSCHIEBUNG!

REVOLUTION